
Landesnachrichten *aktuell*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den nächsten Landesnachrichten werden sich Ihnen nach und nach die Mitglieder der neugewählten erweiterten Landesleitung vorstellen.

Mein Name ist **Hans-Joachim Freytag**
geb. 1957 in München/Pasing.

Ich bin verheiratet und habe drei Kinder.

Meine Laufbahn als mittlerer Beamter bei der Justiz begann am Amtsgericht Erlangen. Über die StA Nürnberg-Fürth gelangte ich am 02.01.1992 an die Landesjustizkasse Bamberg, bei der ich derzeit als Leiter der Serviceeinheit in der Geldstrafenvollstreckung tätig bin.



Ehrenamtlich übe ich die Funktion des Personalratsvorsitzenden bei der Landesjustizkasse Bamberg und des Gesamtpersonalratsvorsitzenden beim Oberlandesgericht Bamberg aus.

Außerhalb des Dienstes engagiere ich mich in der Sozialpolitik. In der Freizeit beschäftige ich mich gerne mit den Geschichts- und Geowissenschaften, unternehme Radtouren, höre gerne Musik (fast alle Stilrichtungen) und lese hin- und wieder einmal ein Buch.

Ich hoffe, Sie vorerst ausreichend über meine Person informiert zu haben.

Hans-Joachim Freytag
(Landesvorsitzender)

Wir werden Ihnen nunmehr die brennenden Themen, die uns die nächsten Monate beschäftigen werden darlegen.

Dazu veröffentlichen wir die Anträge, die während des Landesverbandstages an uns gestellt wurden in der Reihenfolge der Wichtigkeit in diesen und den folgenden Landesnachrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Beginnen wollen wir mit folgendem Antrag:

Verbesserung der Beförderungssituation durch Stellenhebungen im mittleren Dienst

Der Landesverbandstag möge beschließen:

Der Landesverbandstag möge sich dafür einsetzen, dass sich durch Stellenhebungen die Beförderungsaussichten in sämtlichen Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes wieder deutlich bessern.

Begründung:

Die Beförderungssituation hat sich im mittleren Dienst dramatisch zugespitzt. Die Beförderungswartezeiten sind einfach nicht mehr tragbar und hinnehmbar. Derzeit gestalten sich die Beförderungswartezeiten wie folgt:

zum	Punkte	Vorbeurteilung Punkte	= Wartezeit
Justizobersekretär	8	7	ca. 8 Jahre
Justizhauptsekretär	10	9 oder 8	9 – 15 Jahre
Amtsinspektor	12	11	18 – 25 Jahre
Amtsinspektor + Zul.	14	13	11 – 15 Jahre

Selbst bei guten Beurteilungen ist die Endstufe in einem „normalen“ Berufsleben fast nicht mehr zu erreichen. Die nicht zuletzt durch die Stellenkürzungen, Wiederbesetzungssperren und Arbeitsmehrungen gestiegenen Anforderungen, die nur durch gesteigerte Leistungsfähigkeit und Motivation bewältigt werden können, müssen sich letztendlich auszahlen und müssen entsprechend honoriert werden. Die Justizfachwirte sind aufgrund dieser extrem langen Wartezeiten erheblich verärgert. Über demotivierte Beamte braucht sich niemand mehr zu wundern.

In den nächsten Ausgaben werden wir die eine oder andere Petition zu diesem Thema veröffentlichen.

Weitere Anträge folgen.

Aktuell:

Erhalt der Nachlassgerichte

Aus einer Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministerium der Justiz (PM 17/08 vom 22.01.08) ging hervor, dass im Kabinett beschlossen wurde, ein Bundesgesetz auf den Weg zu bringen, das es jedem Bundesland ermöglichen würde, die Aufgaben der Nachlassgerichte auf die Notare zu übertragen.

Zitat aus einer Pressemitteilung des Deutschen Richterbundes vom 07.03.2008:
„Die Übertragung der Aufgaben auf die Notare wird zu erheblichen Mehrkosten für die Bürger führen. Der Bürger muss nämlich die Mehrwertsteuer, die bislang bei einer Antragsstellung bei Gericht nicht anfällt zusätzlich bezahlen. Das bedeutet z.B. eine effektive Verteuerung für die Erteilung eines Erbscheines um mindestens 19%. Die Justiz erreicht in diesem Bereich teilweise Kostendeckungsgrade, die weit über 100% liegen. Sie arbeitet schnell, effektiv und für den Bürger kostengünstiger als Notare.

Weitere Nachteile für den Bürger entstehen insbesondere bei Entscheidungen in Register-, Betreuungs-, Grundbuch- und Insolvenzsachen, da hierbei die Gerichte vielfach auf Nachlassakten angewiesen sind.

Sind ausschließlich Notare für die Nachlasssachen zuständig, wird dies zu erheblichen Aktentransporten und damit deutlichen Verzögerungen in den betroffenen Verfahren führen.

Darüber hinaus führt die Öffnungsklausel zu einer erheblichen Rechtszersplitterung in Deutschland. Jedes einzelne Bundesland sei frei zu entscheiden, ob für Nachlasssachen Notare oder Gerichte zuständig seien. Für Erben, die aufgrund des Todes eines nahen Angehörigen in einer emotional schwierigen Lage sind, führt dies dazu, dass sie sich erst mit dem jeweiligen Landesrecht auseinandersetzen müssen, bevor sie Klarheit über die zuständige Stelle erlangen.“

Die Haltung des Deutschen Richterbundes unterstützen wir in vollem Umfang, auch wenn zur Umsetzung dieser Öffnungsklausel im Bayerischen Landtag derzeit keine positive Einstellung besteht.

Aktuell:

Zustellungen durch Justizbedienstete

Es ist in Justizkreisen allgemein bekannt, dass die Zustellungen durch unsere Justizbediensteten im Vergleich mit privaten Anbietern qualitativ besser sind und waren.

Von verschiedenen Dienststellen wurde ein hierzu ergangenes JMS vom 15.03.07 derart interpretiert, dass das Projekt „Zustellung durch Justizbedienstete“ nicht mehr fortgeführt werden soll und deshalb eingestellt wurde.

Seitens des Justizministeriums war es jedoch keinesfalls beabsichtigt, dieses Projekt zu beenden. Frau Staatsministerin Dr. Merk erklärte hierzu in einer Bespre-

chung mit dem Hauptpersonalrat, dass ein Preiskampf zwischen den privaten Anbietern und den Justizwachtmeistern nicht erwünscht sei.

Das genannte JMS schließt weiterhin eine Zustellung durch Justizbedienstete nicht aus, wenn ein gewerblicher Anbieter **nicht wesentlich billiger** ist!

Aktuell:

Umwandlung über die 104 freiwerdenden Stellen aus dem Tarifbereich in 50 Richter und Staatsanwaltschaftsstellen

Derzeit sind laut Mitteilung unseres Vertreters aus dem Tarifbereich Herrn Johann Kieninger 60,43 Stellen zur Umwandlung gemeldet. Davon wurden bereits 46,0 Stellen umgewandelt.

Bis Ende 2008 sollen die Stellen laut Angaben des Justizministerium vollständig umgewandelt sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

des weiteren machen wir Sie auf die am 24. Juni 2008 stattfindenden Wahlen zur örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretung, zur Bezirksjugend-, Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung aufmerksam.

Wir bitten Sie deshalb, bei uns möglichst bald evtl. Vorschläge einzureichen, da die Einhaltung der Fristen zu beachten sind. Die Einreichungsfrist der Wahlvorschläge läuft bis 02.05.2008.

Abschließend bitten wir Sie, uns Themen mitzuteilen, die wir in unseren Landesnachrichten veröffentlichen können.

Wir drucken auch Einzelmeinungen und Berichte über die Aktivitäten in den einzelnen Bezirksverbänden hier ab.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender,

Kurt Lorenz, stv. Landesvorsitzender,

Johann Kieninger, stv. Landesvorsitzender